



Mai 1981

Die Sporthalle in Walldorf ist notwendig!

Es gab heiße Wortgefechte in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Einer der Gründe war, daß der seitherige Magistrat am 23. März 1981 den Auftrag zum Bau, der schon lange notwendigen Sporthalle im Stadtteil Walldorf, an die Firma Hochtief vergeben hatte und bereits 1 Million Anzahlung leistete.

Der Magistrat war von den Stadtverordneten schon 1977 beauftragt worden, die Planungen für eine Sporthalle durchzuführen.

Es wurden auch inzwischen mit einer Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der im Stadtparlament vertretenen Parteien, den Sportvereinen und der Schulen zusammensetzt, Größen- und Ausführungsdetails festgelegt. Jedoch für eine Auftragsvergabe hatte der Magistrat keine Legitimation.

Wir meinen, bei aller berechtigten Kritik an einer solchen Verfahrensweise darf jedoch auf keinen Fall der Bau der Sporthalle gefährdet werden.

So etwas gab es noch nicht

Heinz Hechler erklärte für die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung unter anderem: „Der Magistrat, in seiner seitherigen Zusammensetzung, bittet die Stadtverordnetenversammlung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, daß er am 16.3.1981 einen Auftrag in fast einer Höhe von 3,7 Millionen DM vergeben hat, obwohl er eigentlich nur Aufträge bis 50.000 DM vergeben darf. Eine solche Situation gab es seit 1968, seitdem ich dieser Stadtverordnetenversammlung angehöre, noch nicht.“

Wenn man überlegt, mit welchen Lapalien der Bauausschuß sich bisher befaßte, bevor ein Auftrag vergabereif

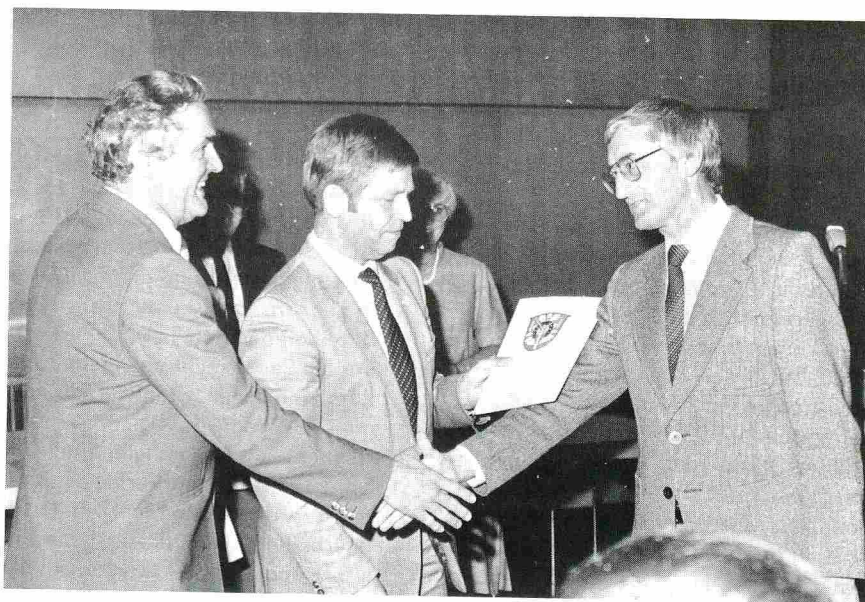
war, oder mit was für Kleckerbeträgen sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses beschäftigen mußten, dann hat man schon so seine Bedenken im Nachhinein, eine Auftragsvergabe über 3,7 Millionen DM zu sanktionieren.

Die Begründung, daß das Unternehmen sein Angebot nur bis Ende April aufrecht erhält, und daß die Stadt sich an entsprechende Preisaushandlungen des Kreises Groß-Gerau, der noch weitere Hallen in dieser Größe baut, sind zwar einleuchtend, berechtigen jedoch nicht das Parlament und die Ausschüsse zu übergehen.“

Auch der Grund, daß das Stadtparlament nicht mehr vollzählig war (durch den Rücktritt der SPD- und DKP-Fraktion, aus Protest gegen die Flughafen-erweiterung) ist zwar richtig, aber trotzdem hätte der Magistrat mit Vertretern der drei Parteien, die seither im Parlament vertreten waren, schon Anfang des Jahres Verbindung aufnehmen können, wenn sich eine solche Situation einstellt.

Der Bau der Sporthalle darf nicht gefährdet werden

Heinz Hechler erklärte weiter: „Der Bedarf an Sporthallenfläche ist im



Nach einem ziemlichem Gerangel wurde in unserer Stadt der neue Magistrat gewählt. Die CDU plädierte von Anfang an für einen Mini-Magistrat, um die DKP herauszuhalten. Diese Rechnung ging aber nicht auf. Unser Bild: Heinz Hechler, seit 1968 für die DKP im Stadtparlament, erhält seine Ernennungs-urkunde.

▽ Stadtteil Walldorf sehr groß und im Interesse der vielen Sporttreibenden und der Vereine darf am Bau der Halle nicht mehr gerüttelt werden.“ Zu der geplanten Ausführung meint Hechler, daß wohl die sogenannte „schöne Sporthalle,“ von der man in den vielen Beratungen sprach, in Walldorf wohl nicht errichtet wird. Nach den Unterlagen soll es ein kalter, nüchterner Sichtbetonklotz werden. Für Verkleidungen müßte die Stadt zwischen 34.000 und 191.000 DM mehr bezahlen.

Zum Verfahren der Baufirma meinte Hechler: „daß die Firma Hochtief, die in der Stadt bestehende Ausnahmesituation weidlich ausnutzte, ja man kann sogar hierbei schlicht von Erpressung sprechen. All die von dieser Firma vorgebrachten Gründe für die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung, ziehen auf keinen Fall.

Um das Projekt nicht noch zu gefährden und die Stadt vor noch evtl. höheren Kosten zu bewahren, werden wir der Vorlage, wie es so schön heißt, „zähneknirschend“ zustimmen. Dem Magistrat gegenüber muß man jedoch klar zum Ausdruck bringen, daß hiermit kein Präzedenzfall geschaffen wird.

Für einen „Tornado“ könnte man über 20 solcher Sporthallen bauen

Gestatten Sie mir zum Schluß, meine Damen und Herren, noch einen Satz zum Nachdenken. Auch dieses Projekt „Sporthalle“ und die dafür notwendige Darlehensaufnahme, wirft folgende Frage auf: Sind wir, die Städte und Gemeinden, wirklich nur deshalb so arm, weil wir so viel wollen (nach Wilhelm Jourdan) oder werden Sporthallen oder z.B. Sozialwohnungen nicht wirklich dringend benötigt?

Arm sind die Kommunen und müssen sich immer mehr verschulden, weil das Geld für unnütze, ja gefährliche Dinge, ausgegeben wird.

Wir ringen hier um 3,7 Millionen DM und dabei reizt mich immer wieder die Rechnung aufzumachen, daß für einen Leopard-Panzer 13 Sporthallen dieser Größe oder 350 Wohnungen gebaut werden könnten. Für einen Tornado-Bomber könnten über 20 Sporthallen oder 500 Wohnungen gebaut werden.

Daran wollen wir uns gemeinsam erinnern und künftig mehr als seither dazu beitragen, daß den Städten und Gemeinden mehr Mittel für ihre so notwendigen Ausgaben zur Verfügung gestellt werden.“

Hatten wir das nicht schon einmal?

„Es gibt für euch nur einen Feind, und der ist Mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtreiben kann es vorkommen, daß Ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen.“

(Kaiser Wilhelm II. am 23. November 1891 bei einer Rekrutenvereidigung.)

„Polizisten müssen auch gegen ihre Überzeugung ihre Pflicht tun, auch wenn sie gegen demonstrierende Familienangehörige, Freunde und Bekannte vorgehen müssen.“

(Der hessische Innenminister Gries am 14. April 1981 in der „Hessischen Polizeirundschau“)

Und wir dachten, der Kaiser hätte längst abgedankt!

AJA

DKP legt der Öffentlichkeit Beweise vor:

USA fordern Startbahn West als Sprungbrett für Eingreiftruppen

Der DKP-Fraktion wurde in diesen Tagen die Mai-Ausgabe der sogenannten „Fuchsbriefe“, die als Informationsschrift an Manager im Industrie- und Bankbereich verschickt werden, zugänglich. Mit tiefer Empörung lesen wir dort, was von der hessischen Landesregierung bisher nie bestätigt wurde, daß die Erweiterung des Frankfurter Flughafens durch die geplante Startbahn/West auch eine militärpolitische drängende Forderung der Amerikaner ist. Unter dem Aktenzeichen XXXV/5 Z 2810 BX lesen wir:

„Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die US-Air Force auf diese Kapazitätsausweitung besteht und drängt. Das ist in der ganzen Diskussion von allen Beteiligten verschwiegen worden, um die Sache nicht zu einem Politikum zu machen. Frankfurt sei für die Air Force – so sagen die Amerikaner – als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerlässlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden.“

Wenn man diesen Text liest, wird klar, daß für die FAG die Diskussionen um

Arbeitsplätze am Frankfurter Flughafen Hilfsargumente sind, um den militärstrategischen Gesichtspunkt zu verschleiern.

Die Bürgerbewegung gegen die Startbahn/West hat zwar immer wieder versucht, diese Probleme anzusprechen, ist aber auf keinerlei Echo in den Kreisen der Landesregierung gestoßen. Auch bei dem offiziellen Hearing, das die Landesregierung veranstaltet hat, wurden gutachterlich die militärischen Aspekte nicht behandelt.

Daß jetzt – zur Information der Manager der Großindustrie und der Großbanken – dieser Faktor informativ nachgeschoben wird, zeigt den Volksbetrug in der Debatte um die Startbahn/West.

Wir protestieren erneut entschieden gegen die geplante erweiterte Nutzung des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens auch zu militärischen Zwecken. Die heutige Form der „Air Base“ belastet schon den Flughafen auf unerträgliche Weise.

Es darf nicht geduldet werden, daß die Bürger gutgläubig der Arbeitsplatzargumentation folgen, während in Wahrheit im Rahmen der NATO-Logistik, Basen des Todes und der Vernichtung errichtet werden.

Die DKP-Fraktion fordert die lückenlose Information aller Bürger und die sofortige Beendigung der Vorbereitungen für den Bau der Startbahn/West.

Gegen die Kriminalisierung der Bürgerbewegung

DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler nahm in der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai zum Mordanschlag auf Karry Stellung.

Er erklärte u.a.:

„Gestern geschah ein scheußliches Verbrechen. Der stellvertretende Ministerpräsident unseres Landes wurde ermordet.

Leider gibt es erste Anzeichen dafür, daß diese verbrecherische Tat gegen die Bürgerbewegungen, die gegen die Zerstörung unserer Umwelt kämpfen, ausgenutzt werden soll. In der heutigen Nachtausgabe ist zu lesen:

„Bereits im Februar lag der Polizei eine Attentatsdrohung gegen Hessens Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry vor. Sie fing auf Bereich Mörfelden-Walldorf einen entsprechenden CB-Funkspruch – gesendet auf Kanal 9 – auf.“

Heute lesen wir in der FAZ, hinter der ja angeblich immer ein kluger Kopf steckt u.a.:

„Spontane Feier im Hüttendorf Gegner des Baues der Startbahn 18 West im Hüttendorf am Flughafen sollen den Tod von Heinz Herbert Karry mit Freude aufgenommen haben. Am Nachmittag erhielt die Polizei Mitteilung, es sei zu einer spontanen Feier gekommen. Beam-

te in Zivil und in den dortigen Gepflogenheiten gemäßer Kleidung wurden zur Überprüfung hingeschickt. Ein Ergebnis wurde bis zum späten Abend nicht bekannt.“

Heute um 10.22 Uhr kam ein dpa-Fernschreiben an die Redaktionen mit folgendem Text:

„Möglicherweise als Reaktion der Behörden auf den Mord an Karry räumten heute mehrere hundert Polizisten das Umweltdorf an der Trasse der B 8 – eine ähnliche Maßnahme scheint für das Dorf auf dem Gelände der Startbahn/West bevorzuzustehen. Beobachter hatten von angeblichen Freudentänzen am Montag im Umweltdorf berichtet.“

Wir meinen, es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn aus diesem schlimmen Anlaß Pogromstimmung entfacht werden soll, denn alle diese Meldungen sind erstunken und erlogen.“

Auf Antrag der DKP-Fraktion verabschiedete die Stadtverordneten-Versammlung anschließend einstimmig eine Resolution mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordneten der Stadt Mörfelden-Walldorf verurteilten auf das Schärfste das Attentat auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirt-

schaftsminister unseres Landes, Heinz Herbert Karry.

Für dieses scheußliche Verbrechen kann es keine Entschuldigung geben, wir erwarten schnellste Aufklärung und Bestrafung.

In unserer Region stand Karry oft im Kreuzfeuer der Kritik. Viele unserer Bürger, die gewaltfreien Widerstand leisteten, waren und sind erregt, weil die Landesregierung den Bau der Startbahn West durchsetzen will, sie sind aber auch betroffen über den brutalen Mord. Die Stadtverordneten von Mörfelden-Walldorf erwarten, daß dieses Attentat nicht zur Kriminalisierung der Bürgerbewegungen in unserem Land mißbraucht wird.“



Strafverfahren gegen Rudi Hechler eingestellt

Nach einer kurzen Hauptverhandlung im Landgericht Frankfurt wurde das Strafverfahren gegen den DKP-Stadtverordneten Rudi Hechler eingestellt.

Hechler hatte im vergangenen August an die Flughafenmauer geschrieben: „Ich bin gegen die Startbahn West!“. Gleichzeitig versah er diese Inschrift mit seiner vollständigen Adresse.

In die Ermittlungen waren die Kriminalpolizei Rüsselsheim (Abteilung Staatsschutz) und die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft Frankfurt eingeschaltet.

Während der Verhandlung wurde deutlich, daß Oberstaatsanwalt Klein am 24.11.1980 das Verfahren bereits eingestellt hatte. Auf energische Beschwerde der Flughafen Aktiengesellschaft (FAG), (Schölch und Leins) mußte der Prozeß aber doch eröffnet werden.

Rudi Hechler bezeichnete dies im Gerichtssaal als den FAG-Versuch, ein Exempel zu statuieren und die Bürgerbewegung einzuschüchtern. In seiner Erklärung vor Gericht wies Hechler noch einmal auf die Verhältnismäßigkeit hin, indem er u.a. ausführte: „Die Unversehrtheit des Waldes, der für die Gesundheit der Kinder, der Mütter, der Alten und der Jungen notwendig ist, ist wichtiger als die Unversehrtheit einer kalten Betonmauer, die man gebaut hat, um die Stätte des Profits zu verdecken.“

Der Vertreter der Anklage wertete die Mauerinschrift mit Adresse anders als „irgendwelche Schmierereien“. Er regte die Einstellung des Verfahrens an.

Während der Verhandlung waren zahlreiche Vertreter von Bürgerinitiativen anwesend. Eine Besucherin aus Walldorf überreichte dem Angeklagten im Gerichtssaal einen Strauß Sommerblumen.

Die DKP-Mörfelden begrüßte auf ihrer Vorstandssitzung das Verhandlungsergebnis. Sie dankte allen, die durch Briefe und Spenden ihre Sympathie bekundet hatten. Da Rudi Hechler trotzdem fast 500 DM Reinigungskosten entstanden sind, sind Spenden weiterhin erwünscht. Spenden können u.a. überwiesen werden auf das „Blickpunkt“-Konto 9003419 bei der Kreissparkasse Groß-Gerau.



Waldfest im Hüttendorf. Ein großer Erfolg wurde das Fest im bedrohten Waldgebiet beim ersten Geburtstag des Dorfes. Viele politische Gruppierungen hatten ihre Hände

an ihre Stände aufgebaut. Bei der DKP (unser Bild) gab's Kaffee und Kuchen, „Handkäs mit Musik“ und das Buch „Oktobertage“.

Wie sich die Leute wandeln

Kürzlich fand ich bei meiner Lektüre des Buches „Ohne mich“ (Dokumentarischer Roman aus den 50er Jahren von Lothar Drude, erschienen im Weltkreis-Verlag), das sich mit der Bewegung gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik, gegen die Adenauerschen Pläne der Wiederaufrüstung befaßte, einen interessanten Aufruf, den ich im Wortlaut zitieren möchte:

„Männer und Frauen! Deutsche Jugend! In diesen Tagen entscheidet der Bundestag über den sogenannten „Verteidigungsbeitrag“. Wißt ihr, was das bedeutet!

Das bedeutet,

– daß ein Land, das angeblich kein Geld für die Erhöhung der Renten der Opfer des letzten Krieges hat, künftig 40 Milliarden für neue Soldaten ausgeben soll,
– daß eine Vereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten auf friedliche Wege für lange Zeit unmöglich gemacht wird,

– daß eine Jugend, die schwerste Opfer brachte und das Grauen des letzten Krieges noch vor Augen hat, wieder marschieren soll, wenn die ewigen Kriegsgewinnler, die auch am nächsten Krieg verdienen wollen, es für richtig halten. Hat dieser Bundestag das Recht, über eine solch' schicksalhafte Frage zu entscheiden?

NEIN und abermals NEIN!

Deutsche Jugend, denke daran, daß die Regierung, die Dich jetzt in Uniform stecken will, nichts getan hat, um für unser Volk und besonders für Dich Grundlagen einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit im Staate zu schaffen. Noch gibt es keinen ausreichenden Jugendarbeitsschutz! Noch müssen unsere Kameraden, die im letzten Krieg ihre Gesundheit geopfert haben, ihren Rechtsanspruch mühsam erkämpfen. Noch sind 300.000 Jugendliche arbeitslos! Dennoch stehen wieder Kasernen für Dich bereit!

WIR RUFEN DICH ZUM WIDERSTAND

– gegen eine Politik der vollendeten Tatsachen
– gegen eine Politik der sozialen Reaktion
– gegen eine Politik, die nur den Generälen und Rüstungslieferanten Vorteilen bringen wird.

Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen!

Dann sei auch Du bereit und fordere Dein Recht!“

Für diesen Aufruf, datiert am 21. Februar 1952, zeichnet verantwortlich: Holger Börner, Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschland – Bezirksverband Hessen Nord. Drei- bis viermal habe ich diesen Aufruf durchgelesen, weil ich einfach nicht glauben wollte, daß dieser fortschrittliche Text

von dem derzeitigen Ministerpräsidenten Hessens, Holger Börner (SPD), stammt. Welcher Gegensatz zu heute.

Ende 1980 erklärte eben dieser Börner, „Politiker werden fürs Handeln und nicht fürs Nachdenken bezahlt!“ Betrachtet man sein Handeln, die Politik, die er unterstützt, dann sieht es doch so aus: Bäume absägen, Flüsse mit Gift vollpumpen, Autobahnen überallhin bauen, Grüngürtel zerstören, Chemie-Abfälle in die Landschaft kippen, Wohnhäuser abreißen, Wolkenkratzer hochziehen. Diese Politik hat der Bevölkerung schon viel Lebensqualität genommen. Was forderte er noch 1952: „... Widerstand – gegen eine Politik der vollendeten Tatsachen... gegen eine Politik der sozialen Reaktion ... Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen!...“

Holger Börner selbst ist nun der Macher

einer solchen Politik, gegen die er 1952 protestierte.

Ich würde mir wünschen, daß sich Holger Börner auf seine frühen Jahre zurückbesinnt und entsprechend seiner damaligen politischen Auffassung auch heute weiter handelt. Würde er es tun, wäre er gegen den Bau der Startbahn/West, die ja gerade auch von den Militärs gefordert wird, und stände auf der Seite der Bürger, die sich gegen diese Politik „der vollendeten Tatsachen“ wehren. Schlußfolgerung aus all diesem: Mit jedem weiteren Schritt auf der Karriereleiter verlieren manche Politiker ihre eigene politische Gesinnung zugunsten einer „Politik der sozialen Reaktion“.

Wir Menschen, die mit einer solchen Politik konfrontiert werden, gerade beim Beispiel des Baus der sinnlosen Startbahn/West, sollten dem Holger Börner von 1952 folgen, als er schlußfolgerte: „Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen!“

Ilona Feutner

Die Gesamtschule erhält einen Namen

Nach über 10 Jahren Schulbetrieb wurde Mitte April 1981 vom Kreisausschuß Groß-Gerau entschieden, daß die IGS Mörfelden-Walldorf den Namen „Bertha-von-Suttner“-Schule tragen soll.

Am 22. Dezember 1970 wurde auf Antrag der beiden Kommunisten im Mörfelder Stadtparlament, Heinz Hechler und Arthur Siegel, einstimmig beschlossen, der neuen IGS den Namen „Geschwister-Schöll-Schule“ zu geben.

Mit dieser Namensgebung sollte symbolhaft der vielen tausend mutigen Widerstandskämpfer gegen den Faschismus gedacht werden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung Walldorf schloß sich diesem Antrag an, der an den Kreisausschuß Groß-Gerau als den zuständigen Schulträger, weitergeleitet wurde.

Über zehn Jahre lag diese Willenserklärung der Stadtverordneten von Mörfelden und Walldorf in den Schreibtischschubladen des Landratsamtes. Erst jetzt konnte man sich zu einer Entscheidung in Sachen der Benennung aufraffen. Wenn wir auch ursprünglich an einen anderen Namen dachten, so sind wir doch mit dem neuen Vorschlag einverstanden.



Bertha von Suttner gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten der internationalen fortschrittlichen Frauenbewegung. Zweimal hat sie zu ihren Lebzeiten weltweites Aufsehen erregt. Das erste Mal 1889, als ihr Roman „Die Waffen nieder“ erschien, den sie als Geschenk an die Frie-

densorganisation „The International Peace and Arbitration-Association“ widmete. Das zweite Mal, als sie 1905 den Friedensnobelpreis für ihr Engagement auf internationaler Ebene im Zusammenhang mit ihrer Antikriegshaltung erhielt.

Geboren am 20. Juni 1843 als Tochter des hochadeligen Grafen Franz Josef Kinsky und einer Mutter, deren Familie erst kürzlich geadelt wurde, die verwandt war mit dem Dichter Theodor Körner; heiratete sie den Baron Arthur Gundaccar von Suttner, im Jahre 1876, auf der Hochzeitsreise erkennt sie ihre schriftstellerischen Fähigkeiten.

Nach einer langen Reihe von Romanen, Novellen, Skizzen kam sie zu der Erkenntnis, daß ihr das Literarische an sich nicht viel bedeute, daß es vielmehr wichtig war, ihre Ideen zu verbreiten, eine Seltenheit in jener Zeit. Sie wird – als eine der ersten Frauen – politische Journalistin.

Am 18. Oktober 1891 ergreift sie die Initiative zur Bildung einer österreichischen Friedensorganisation, deren Teilnehmer zu dem im gleichen Jahr stattfindenden Weltfriedenskongreß nach Rom fahren sollten. Ihr Aufruf, der durch alle Pressemedien dieser Zeit geht, bewirkt, daß sich 2.000 Mitglieder einschreiben lassen. Eine

▽ Delegation wird nach Rom entsandt – Bertha-von-Suttner an der Spitze. Dieser Weltfriedenskongreß wird für Bertha von Suttner wieder ein Wendepunkt ihres Lebens. Sie erfährt, welche Wirkungen das gesprochene Wort haben kann und – daß ihr diese Fähigkeit gegeben ist.

Etwas stolz sei sie doch gewesen, bekennt sie in ihren Memoiren, als erste Frau, die auf dem Kapitol gesprochen habe, als erste Frau, die auf einer „sella curulis“, dem aus römischer Zeit nachgebildeten Senatorenstuhl saß.

Manche Vorschläge Berthas muten uns heute vertraut an: so die Idee eines europäischen Staatenbundes. Auf einer Tagung in Bern, 1892, brachte sie mit einigen Freunden diesen Antrag ein. Er wurde aber nicht weiter verfolgt. Noch fand sich kein Staat, der auf einen solchen Vorschlag eingegangen wäre. In diesem Kampf um Frieden sind im letzten Drittel ihres Lebens noch einige Höhepunkte zu verzeichnen, so spricht sie 1904 in 28 Städten Deutschlands; 1905 erfolgt die Zuerkennung des Friedensnobelpreises; 1908 Teilnahme am Friedenskongreß in London; 1912 in 50 Städten der USA auf Vortragsreise.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß Bertha von Suttner ein Vorbild für die kommenden Generationen ist. Gerade in der heutigen Zeit, in der wir wieder unmittelbar mit einer überdimensionalen Aufrüstung konfrontiert werden. In einer Zeit, in der die USA auf dem Boden der Bundesrepublik atomare Mittelstreckenraketen stationieren wollen, die eine direkte Bedrohung des Friedens bedeuten.

Halten wir uns an Bertha von Suttner, die mit unbeirrtem Mut das verfolgte, was ihr als das „Wichtigste“ erschien, nämlich den Kampf um Frieden.

I.F.

Schmidt sagte die Unwahrheit!

Die Rede ist nicht von den Schmidts im Stadtparlament, sondern vom Bundeskanzler. Er war Mitte des Monats auf einer Betriebsversammlung in einer Frankfurter Druckerei. Dort wurde er von einem Kollegen gefragt, ob er in Sachen Startbahn West denn nicht wisse, worum es dabei ginge, ob er nicht die ökologischen Bedenken der Anlieger des Flughafens teile. Er antwortete, daß die Bundesregierung nicht mit dem Flughafenausbau befaßt ist, „das ist ausschließlich Sache des Landes Hessen“. Auf die Bemerkung eines anderen Diskussionsredners, daß die Bundesrepublik doch Anteilseigner sei und sehr wohl mit dem Ausbau befaßt wäre, hielt der Kanzler entgegen, daß es zwar finanzielle Bindungen gäbe, aber in die Planungen würde die Bundesregierung nicht hineinreden.

Sein Bundesverkehrsminister Hauff hat sich mehrmals wegen des Flughafens im Zusammenhang mit einer bundeseinheitlichen Luftverkehrsplanung geäußert. Sein Verteidigungsminister Apel hat sich damit befaßt, weil der Rhein-Main-Flughafen auch einen militärischen Teil hat und die Bundesrepublik Nato-Mitglied und die Forderung des US-Militärs die Startbahn West zu bauen somit auch auf Apels Schreibtisch lag.

R. D.

Sitzungsgelder wurden erhöht – DKP stimmte mit Nein!

Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Parlamentes stand die Entschädigungssatzung auf der Tagesordnung. Der noch amtierende alte Magistrat hatte eine Erhöhung der Sitzungsgelder von 20 auf 25 Mark vorgeschlagen. Diese Erhöhung kostet die Stadt ca. 15.000 DM jährlich. Gemessen an den „Diäten“ anderer Parlamente der näheren und weiteren Umgebung ist dieser Betrag auch nach der Erhöhung noch deutlich unter dem Durchschnitt. Der jahrelange Kampf der DKP gegen jede „Diäten“-Erhöhung war hier erfolgreich. Wir meinen: In einer Zeit der höheren Verschuldung, des „Sparens“ und „Maßhaltens“ sollten die Parlamentarier mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte mit den Stimmen der CDU und der Grünen Bürgerliste für die Erhöhung.

DKP-Stadtverordneter Dötsch führte für seine Fraktion folgendes aus:

„Der Finanzmiserere unserer Stadt ist nicht mit dem Verzicht auf die 5 Mark von 20 auf 25 Mark der Sitzungsgelder beizukommen. Auch kann sich der Abgeordnete nicht an der Entschädigung „bereichern“. Wir Kommunisten hielten es in der Vergangenheit so, und werden dies auch künftig so halten, daß die Sitzungsgelder und anderweitige Vergütungen voll der Fraktionskasse überwiesen werden. Wir können der Erhöhung nicht zustimmen, weil wir uns selbst inkonsequent vorkämen. Denn wir sind auch gegen die Erhöhungen von Gebühren, Beiträgen und Steuern. Man kann nicht, um mit Heinrich Heine zu sprechen, öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein trinken. Wer zur Sparsamkeit auffordert, sollte sich zu-

rückhalten, wenn es wie hier um Entschädigungen geht. Wie viele ehrenamtliche Vereinsmitglieder tun auch ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen, opfern ebenso ihre Freizeit, bezahlen sich noch das Getränk während der Sitzung selbst. Diese ehrenamtlichen Tätigkeiten schätzen wir sehr hoch ein. Wer argumentiert, daß fünf Mark pro Sitzung keine große oder nennenswerte Erhöhung sei, dem sei gesagt, daß ja dann auch unschmerzlich darauf verzichtet werden kann. Wir Parlamentarier sollten uns bescheiden, auch aus dem Grunde, daß Kritiker dieses parlamentarischen Systems nicht das Argument gebrauchen können, daß das Stadtparlament ein „Selbstbedienungsladen“ wäre.“



1. Mai 1981. Nach einer außerordentlich gut besuchten Kundgebung im Bürgerhaus Mörfelden gab es eine Demonstration zum Rathausplatz.

Auf dem Wege zum Ghetto?

Seit Jahren ist bekannt, daß sich auch in Mörfelden-Walldorf die Situation auf dem Wohnungsmarkt zuspitzt. Hunderte von sogenannten Notfällen sind bei der Stadtverwaltung registriert. Doch diese steht angesichts der Gesetzgebung in der Bundesrepublik, wonach die übergroße Anzahl der Wohnungen den profitorientierten privaten Wohnungsbaugesellschaften gehören, den Gegebenheiten ziemlich ohnmächtig gegenüber.

Besonders betroffen von der Wohnungsnot sind junge Familien und zu einem großen Teil auch ausländische Arbeiter. Dieser Tage trat das DGB-Ortskartell mit einigen Fällen an die Öffentlichkeit, die die Situation von türkischen Mitbürgern betreffen.

In der Opelstraße 4 z.B. wohnen sechs türkische Familien in ehemaligen Bauarbeiterunterkünften, die zum Teil für 250 DM plus 180 DM Umlagen vermietet werden. Dem Hausbesitzer, einem ortsansässigen Bauunternehmen, wurde bereits im letzten Jahr von Amtswegen mitgeteilt, daß ein Teil der Wohnungen nicht mehr bewohnbar sei. Trotzdem wurde neu- bzw. weitervermietet. Jetzt bedroht die Firma drei Familien mit Räumung, obwohl die anderen keine Kündigung erhielten. Zu einem Auszug sind die Betroffenen schon bereit, ein geeigneter Ersatz läßt sich jedoch nicht finden. Das DGB-Ortskartell will sich nun durch Kontakte zum Opel-Betriebsrat bemühen, Wohnungen in Rüsselsheim zu finden.

Das vorgenannte Beispiel ist nur eines von vielen. Im Interesse Aller ist es unbedingt erforderlich, die Bildung ghettoähnlicher Wohnbezirke für ausländische Kollegen zu verhindern. Eine derartige Tendenz zeichnet sich bereits in den Bereichen Cranachstraße, Dürerring, Bamberger Straße ab. Neben der Isolierung von Bevölkerungsgruppen sollte man beim Angehen des Problems vor allen Dingen auch nicht die politischen Gefahren vergessen. Denn hier werden auch Ansatzpunkte für faschistische Ausländerorganisationen (wie z.B. die türkische Vereinigung „Graue Wölfe“) geschaffen. Man sollte den Anfängen wehren!

Peter Knodt

„Es gilt, auch diese Kampfform zu nutzen“

Erklärung der DKP-Hessen zum Volksbegehren gegen die Startbahn West:

„In der Hessischen Verfassung ist das demokratische Recht des Volksbegehrens und Volksentscheids postuliert. Damit ist die Möglichkeit gegeben, ein Bürgervotum herbeizuführen, wenn die Regierenden sich rigoros über elementare Lebensinteressen hinwegsetzen.“

Im Kampf gegen den Bau der Startbahn West ist eine Lage entstanden, in der auch dieses demokratische Mittel, eine Möglichkeit darstellt, ein ungeheürliches Umweltverbrechen zu verhindern. Die Flughafen-Aktiengesellschaft, die Landtagsparteien SPD, FDP und CDU, die Landesregierung, die Banken und Konzerne sowie die NATO-Militärstrategen betreiben den Flughafenausbau und damit die Zerstörung der lebensnotwendigen Umweltbedingungen einer ganzen Region. Sie setzen sich über den erklärten Willen der Bevölkerung, der örtlichen Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchen, der Vereine und anderer Organisationen skrupellos hinweg. Sie mißachten die Entscheidungen der örtlichen Kommunalparlamente ebenso wie den bei den Kommunalwahlen 1981 zum Ausdruck gebrachten Wählerwillen. Mehr als 65 000 Unterschriften des Protests allein aus der Flugha-

fenregion werden als wertlose Fetzen Papier abgetan.

Die DKP Hessen erklärt ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Bau der Startbahn West. Es gilt, auch diese Kampfform zu nutzen, um die Protest- und Ablehnungsfront ganz entscheidend zu verbreitern. Mit der Unterstützung des Volksbegehrens bringt die DKP zugleich den Protest gegen die umweltgefährdenden Pläne zum Ausbau des Kernkraftwerkes Biblis, zur Errichtung einer Giftmülldeponie bei Mainflingen und zum Bau einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen zum Ausdruck.

Vor allem betont die DKP die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen die Stationierung der atomaren US-Mittelstreckenraketen, die die Gefahr der totalen Zerstörung unseres Landes heraufbeschwören würde.

In allen Aktionen gegen Umweltzerstörung, gegen Unterdrückung und Mißachtung von Bürgerwillen, gegen Sicherheits- und Friedensgefährdung können die demokratischen Kräfte mit der partnerschaftlichen Unterstützung durch die Deutsche Kommunistische Partei rechnen.“

Vertrauen schaffen!

Macht die Sowjetunion Vorschläge zur Friedenssicherung, dann gibt es Leute, die sofort mißtrauisch sind: Können wir den Russen glauben?

Das ist merkwürdig. Warum fragt eigentlich niemand bei uns: Ob die Russen uns glauben?

Denn die Russen haben ihre Erfahrungen:

- Als der junge Sowjetstaat gerade entstanden war, fielen von allen Seiten ausländische Truppen — darunter auch deutsche — ein, um diesen Staat zu vernichten.
- Und 1941 — vor genau 40 Jahren — überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion, und 20 Millionen sowjetische Menschen zahlten mit ihrem Leben.

- Später dann wollte der US-Außenminister Dulles den Sozialismus „zurückkrollen“, wollten westdeutsche Politiker „ihr“ Europa bis zum Ural ausdehnen, und heute spricht die amerikanische Regierung ganz offen vom „atomaren Erstschlag“ gegen die Sowjetunion.

Ob die Russen uns glauben? Ob sie Grund haben, uns zu vertrauen?

Es geht nicht um Glauben, sondern um beiderseitige Abrüstung, die in Verhandlungen festzulegen sind. Es geht darum, Vertrauen zu schaffen. Und da hilft kein Mißtrauen weiter. Da müssen in harten Verhandlungen um harte Fakten neue Möglichkeiten für den Frieden geschaffen werden.

Schwimmbadpreise erhöht

Seit 16. Mai ist das Mörfelder Waldschwimmbad wieder geöffnet. Inmitten der grünen Natur ist dieses Bad ein beliebter und stark benutzter Naherholungsort. Schwimmbäder sind kein Luxus, denn auch der berufstätige Mensch braucht heute als Ausgleich die Bewegung, den Sport, zur Regenerierung seiner Arbeitskraft, zur Erhaltung seiner Gesundheit. Daß die Inanspruchnahme des Schwimmbads teurer geworden ist, schmerzt. Da helfen auch keine Ausreden mit allgemeiner Verteuerung, ansteigen der Personalkosten, Reparaturinvestitionen, Energiekosten etc.

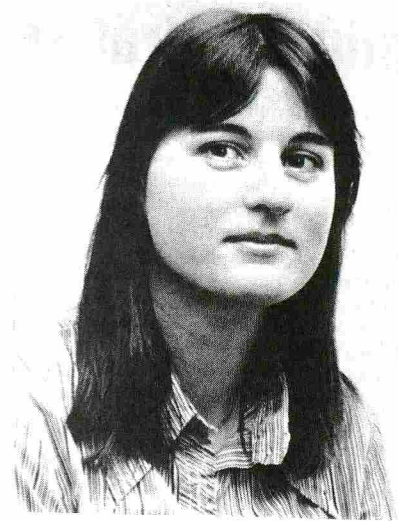
Wenn die öffentliche Hand es ernst meint, mit der Sparsamkeit, darf sie der Bevölkerung nicht schon wieder in die Tasche greifen. Sie muß mit gutem Beispiel zur Preisstabilität vorgehen. Sie darf nicht die fehlenden Mittel aus Landes- und Bundeskasse aus der arbeitenden Bevölkerung quetschen.

Jüngst war der Antrag des Magistrats im Stadtparlament wegen der Erhöhung der Parkplatzgebühren am Walldorfer Badesees. Die Ausschüsse werden sich mit diesem Thema befassen. Im genannten Fall des Waldschwimmbades wurde kein Parlament gefragt. Der Magistrat hat sich eine, wieder eine, Kompetenz zugemaßt, die er gar nicht hat.



Jeden Samstag steht die DKP auf dem Rathausplatz und am Minimal-Markt mit ihrer Zeitung, der „UZ“. Monatlich wird auch der „blickpunkt“ verteilt. Dabei erhalten wir viele Anregungen und Hinweise für die örtliche Politik. Gespräche, die nichts ersetzen.

Brigitte Hechler
Freiburger Straße 13
Mörfelden
Telefon: 21 889



Liebe Eltern, liebe Kinder!

In wenigen Wochen kommt der Sommer und die großen Ferien. Wer denkt nicht schon jetzt gerne mal daran, nicht mehr unbedingt jeden Tag in die Schule zu müssen.

In vielen Familien und Haushalten beginnen jetzt die Gespräche und Beratungen für den Urlaub und oft wird hin und her gerechnet... Und sechs Wochen Sommerferien sind lange! Wir, Junge Pioniere und die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) machen ein Angebot:

Drei Wochen toller Kinderurlaub für DM 100,-.

Ja, Sie haben richtig gelesen! Wir laden jedes Kind, das zwischen 10 und 14 Jahre alt ist, dazu ein, mitzukommen.

Vom 5. bis 21. Juli '81 fahren die Jungen Pioniere in das Ferienzentrum A.S. Makarenko nach Brodowin (Kreis Eberswalde/DDR). Das Ferienzentrum liegt in der Mark Brandenburg, ungefähr 50 km nördlich von Berlin. Die Kinder schlafen mit 8 - 10 Kindern in einem festen Bungalow.

Zwei Fußballfelder, viel Wald in der Nähe und ein Badesees lassen Raum für viel Eigenbetätigung in der Kindergruppe, genauso wie der gut ausgebaute Bastelraum.

Was ist alles im Preis enthalten und warum ist es so günstig?

In den 100,- DM sind enthalten: Anreise und Rückreise, Verpflegung mit 3 Mahlzeiten pro Tag sowie Kaltverpflegung, Ausflüge, Bootsfahrten, ärztliche Versorgung und Betreuung.

Es ist so günstig, weil alle Betreuer (für jeweils 10 Kinder einer) ehrenamtlich, also ohne Bezahlung mitfahren.

In den Ferienzentren der DDR sind neben Kindern aus der DDR Kinder aus Frankreich, der BRD, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und anderen Ländern.

Die Anmeldung muß bis zum 1. Juni (mit 30 DM Vorkasse) erfolgt sein. Alle Kinder benötigen einen gültigen Kinderausweis. Ein Teilnehmerheft mit allen notwendigen Angaben wird Ihnen nach der Anmeldung zugestellt.

Nach der Anmeldung werden Sie zu einem Elternnachmittag eingeladen, wo Sie auch gerne persönlich zu Hause auf auch den Betreuer Ihres Kindes kennenlernen können. Ich suche Sie auch gerne persönlich zu Hause auf, um Ihnen noch Näheres über die Kinderferienfahrt zu berichten.

Wenn Sie Interesse haben, dann rufen Sie einfach bei mir an. Wir wollen, daß die Kinder frohe Ferien erleben.

Wir wollen, daß die Kinder ihre Freizeit sinnvoll gestalten und sich gut erholen, für neue Aktivitäten und vor allem für erfolgreiches Lernen in der Schule.

Brigitte

Selbst Carter unterschrieb:

Es gibt ein Kräftegleichgewicht

Ist die Sowjetunion militärisch überlegen? Können wir deshalb auf Abrüstung nicht eingehen? Müssen wir „nachrüsten“?

Die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC hat ein Interview mit Leonid Samjatin, Leiter der Abteilung internationale Information beim Zentralkomitee der KPdSU, gemacht. Samjatin sagte den amerikanischen Fernsehleuten u.a.:

„Wir sind der Meinung, daß in Europa ein Kräftegleichgewicht besteht. Natürlich kann die Sowjetunion den USA auf dem Gebiet irgendwelcher Waffen voraus sein, bei anderen Waffen sind die Vereinigten Staaten der Sowjetunion voraus. Aber im allgemeinen halten wir einander die Waage.“

„Auch Ihren Militärs ist bekannt, daß die SS 20-Raketen nicht zu jenen Raketen hinzukamen, die bei uns im westlichen Teil des Landes stationiert waren. Sie ersetzten lediglich die alten Raketen. Wir vergrößerten

die Anzahl von Raketen nicht. Wir nahmen eine Modernisierung vor. Und auch bei Ihnen war der Modernisierungsprozeß im Gange.“

Bei der Unterzeichnung des SALT II-Vertrages gingen die USA und die Sowjetunion davon aus, daß in etwa eine Gleichheit der militärischen Macht von Ost und West besteht. Sie sahen Maßnahmen vor, daß dieses Gleichgewicht weiter bestehen bleibt.

„Der neue Vertrag über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen und das dazugehörige Protokoll sind ein gegenseitig akzeptabler Ausgleich der Interessen beider Seiten, die auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beruhen.“ Das wurde im Sommer 1979 in der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung anlässlich des Abschlusses des SALT II-Abkommens festgestellt und unterzeichnet vom damaligen Präsidenten der USA, Carter.

DKP verurteilte Attentat

Auf ihrer Vorstandssitzung am 10. Mai 1980 verurteilte die DKP-Mörfelden-Walldorf das Attentat auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hessens, Heinz Herbert Karry. In der Erklärung heißt es u.a.:

„Wer auch immer dieses Verbrechen begangen haben mag, es stellt in jedem Fall eine brutale Provokation dar, die ausschließlich den Rechtskräften nutzen kann.“

Die DKP verweist in diesem Zusammenhang auf die in letzter Zeit zunehmende Gewalttätigkeit rechtsextremer Kräfte, die nicht zuletzt durch ihr brutales Attentat in München ihren menschenverachtenden Charakter unter Beweis gestellt haben.

Es muß alles getan werden, damit das brutale Verbrechen an Heinz Herbert Karry nicht zur Kriminalisierung politischer Bewegungen mißbraucht wird und ein Klima antidemokratischer Hexenjagd entsteht. Die DKP fordert die schnellste Aufklärung der Hintergründe dieses Anschlages.



Mörfelden gestern

Ein friedliches Bild, aufgenommen vor einigen Jahrzehnten, sicherlich an einem Sonntag mittag, im Hofe eines Hauses in der Darmstädter Straße, von alten Mörfeldern heute noch „Gräwehaisergaß“ genannt. Die Großmutter hatte nicht lange Zeit die Hände im Schoß zu halten (wie auf dem Bild), neben ihr stand ein Korb (Monne) mit alten Futterkartoffeln, die „abgeblickt“ (entkeimt) werden mußten.

Man sieht beim längeren Betrachten noch mehr Interessantes, z.B. den Haken am Holzpfosten des Stalles, an dem bei der Hausschlachtung die „Sau“ aufgehängt wurde, oder den Sack, wahrscheinlich mit Gänsefedern gefüllt, und nicht zuletzt die Katze auf dem Wagen und die Hühner darunter.

Es gab in Mörfelden nie Großbauern. Das bißchen Landiwirtschaft, vielleicht noch ein Kuhfuhrwerk, mußte zur Ernährung, der oft großen, Familie beitragen, da die Männer als Bauarbeiter, Eisenbahner oder Gewerbetreibende nicht genug verdienten.